Horst Müller

Kapitalwirtschaft und Sozialwirtschaft

Zur konkreten Utopie der politischen Ökonomie

Teil 2: Übergang zur Sozialwirtschaft

Der Schlüssel zur Erforschung einer Ökonomie der Zukunft

Im ersten Teil meiner Ausführungen habe ich - vom Standpunkt einer Philosophie und Wissenschaft gesellschaftlicher Praxis - gegen eine einseitig 'negative' politische Ökonomie argumentiert. Es ging zunächst um die Wiedergewinnung der ursprünglichen Marxschen Forschungsmethode als konkret-utopisch gerichtete 'Praxisformanalyse'. Die Rekonstruktion dieses Ansatzes führte dann das Kernstück der Kapital-Theorie vor Augen: Das 'ökonomische Kalkül' der Kapitalwirtschaft wurde als zentrales Problem eingekreist. Es zeigte sich sein historisch relativer, ökonomisch-ökologisch destruktiver, sozialkanzerogener Charakter.

Im Ausblick ergab sich die spezifische historische Schranke der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie: Marx modellierte den Kernbereich der industriellen Warenwirtschaft als Totalität. In der Theorie wie in der Realität seiner Zeit war die sogenannte 'unproduktive Arbeit' ein Randproblem. Was damals aber als Nebensache erschien, hat heute in der Gestalt 'sozialwirtschaftlicher Dienste' einen gewaltigen Umfang und eine Bedeutung angenommen, welche eine neue Bewertung verlangt: Liegt hier der Schlüssel zur Erforschung einer Ökonomie der Zukunft?

Nachfolgend soll die Untersuchung über die 'sozialwirtschaftlichen Dienste' weitergeführt werden: Ziel ist eine veränderte Modellierung der ökonomischen Praxis, die uns einer Antwort auf die Frage näherbringt, ob es eine Alternative zur kapitalistischen Wirtschaftweise gibt. Dabei ist die Überzeugung maßgeblich: Ohne stichhaltige Auskunft über ein funktionsfähiges ökonomisches Kalkül ist jeder Konstruktionsversuch einer neuen Ökonomie, um ein treffendes Wort von Marx zu gebrauchen, nur 'Donguichoterie'.

Erweiterung der ökonomischen Praxisformanalyse: Die sozialwirtschaftlichen Dienste

Erste Überlegungen bezüglich des Umfangs und der Bedeutung des sozialwirtschaftlichen Bereichs lassen erkennen: Der Kern der industriellen Warenproduktion hat schon immer nur einen Teil der gesamtgesellschaftlich nötigen Reproduktionstätigkeit absorbiert. Zu letzterer gehören, auf den ersten Blick einleuchtend, beispielsweise schon immer auch die Kindererziehung, Schulbildung, die Verwaltung des Gemeinwesens oder die Armenfürsorge. Eine heutige Analyse des Fonds der zur gesellschaftlichen Gesamtreproduktion aufgewendeten Arbeitszeit würde vermutlich ergeben, daß der überwiegende Teil bereits jenseits der Kapitalwirtschaft anzusetzen ist.

Um den wachsenden anderen Teil der gesellschaftlichen Arbeit greifbarer zu machen, habe ich den Arbeitstitel 'sozialwirtschaftliche Dienste' gewählt. Damit soll, im Gegensatz zum Typ der 'industriellen Warenproduktion', der unmittelbare Zielbezug auf gesellschaftliche Individuen, beispielsweise auf deren leiblich-geistiges Wohlbefinden, oder auf gesamtgesellschaftliche notwendige bzw. gewünschte Reproduktionsbedingungen bzw. Nutzenstiftung, beispielsweise auf eine garantierte Sozialmobilität oder eine gesunde Umwelt, angedeutet werden.

Das Kompendium entsprechend zweckgerichteter Tätigkeiten wurde noch kaum je gründlich erhoben. Um manchen kapitalökonomisch beschränkten Blickhorizont zu weiten, seien mehrere sozialökonomisch wichtige Gebietskategorien genannt: Not- und Rettungsdienste, auch Familienpflege, Kindererziehung und Jugendpflege bis hin zu Senioren- und Behindertendiensten, schulische und wissenschaftliche Bildung bis hin zu Erwachsenenbildung und gesellschaftlicher Wissensvermittlung, die Gemeinschaftsdienste von Wehrdienst und Zivildienst bis zum freiwilligen Helfertum auf allen Gebieten einschließlich der internationalen Hilfe, die Verwaltung des kommunalen Gemeinwesens, des Staatswesens, des Versicherungs- und Versorgungssystems, der Rechtspflege, weiter die Gebiete einer vielfältigen gesellschaftlichen Selbstorganisation bis hin zur Tätigkeit demokratisch-politischer Vertretungsorgane, ferner Grundbestandteile der Reproduktion der gesamten Infrastruktur des alltäglichen Lebens der verstädterten Gesellschaft auf den Gebieten Energieversorgung und Entsorgung, Stadtentwicklung und Denkmalschutz, Natur- und

Landschaftspflege, Gesundheitswesen, Verkehrssystem, Medien, Kulturwesen, ebenso die Bereiche Natur- und Umweltschutz und die gesamte Wohlfahrtspflege und Sozialfürsorge im engeren Sinne, insbesondere Tätigkeiten der Bereiche Sozialarbeit, Gemeinwesenarbeit, Gefährdetenhilfe, Integration und Resozialisierung.

Die Proportionen verschieben sich noch deutlicher, wenn man die Analyse naheliegende Möglichkeiten einschließt oder gar eine alternative Wirtschaftsweise einbezieht: Beispielsweise würde allein die Aufhebung einer teilweise aberwitzigen, rein verwertungslogisch bedingten Über- und Nonsensproduktion den Umfang der Warenproduktion reduzieren. Oder denken wir auf der anderen Seite an das große Potential zwangsweise ausrangierter Arbeitskraft, für das es jenseits der kapitalwirtschaftlichen Arbeitsorganisation sinnvolle Beschäftigungsmöglichkeiten gäbe, berücksichtigen wir die heute mißachteten Reproduktionserfordernisse, was beispielsweise die Erziehung, Bildung und Information aller Gesellschaftsmitglieder angeht, oder die riesige Zukunftaufgabe der Beseitigung warenwirtschaftlicher Altlasten.

Die genannten Gebiete verdeutlichen, daß es hier nicht nur um im engeren Sinne sozial-pflegerische, sondern ebenso um sozialreproduktive oder auch sozial-emanzipative Tätigkeiten geht. Nach dieser Bestimmung kann sogar gesagt werden, daß auch die Bereiche Wissenschaft und Forschung oder auch Wirtschaft und Arbeit nicht unerheblich sozialwirtschaftlich infiltriert sind. Man denke beispielsweise an Maßnahmen der Berufsförderung, Arbeitsförderung und Arbeitshilfe, ebenso an die öffentliche Wissenschafts- und Forschungsförderung sowie Wirtschafts- und Landwirtschaftsförderung. Auch hier geht es in der Regel um die Sicherung und Förderung allgemeiner Voraussetzungen und übergreifender Ziele der gesellschaftlichen Reproduktion: Der Ausdruck 'sozialwirtschaftliche Dienste' zielt also zunächst darauf, eine im Verhältnis zur industriekapitalistischen Warenwirtschaft komplementäre oder auch alternative ökonomische Form begrifflich einzukreisen.

Für die Zuordnung ist letztlich auch unerheblich, daß die kapitalistische Formbestimmtheit, welche die 'industrielle Warenproduktion' aufweist, den genannten anderen Tätigkeiten übergestülpt werden kann. Sie sind gegenwärtig zum Teil unter das Kapitalverhältnis subsumiert, sie können es werden, wie die

Diskussionen um die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen oder ein privater Hochschul-, Autobahn- und Krankenhausbetrieb zeigen, aber sie müssen es nicht sein: Die Frage, was dazu gehört oder nicht, ist nicht einfach empirisch zu beantworten. Sie beantwortet sich letztlich aus der Perspektive einer zukünftigen anderen ökonomischen Praxis, die eine gegenwärtige latente oder potentielle Realität für uns erst sichtbar und begreifbar werden läßt. Daher kommt es zunächst nicht auf Detailfragen an, sondern auf die Erfassung einer umwälzenden historischen Tendenz. Ich möchte diese skizzieren und so interpretieren, daß der Sinn der darauf folgenden Praxisformanalyse deutlich wird.

Die historische Tendenz: Industrielle Warenwirtschaft contra sozialwirtschaftliche Dienste

Auf der einen Seite gibt es das Kerngebiet der industriellen Warenproduktion. Dieser Bereich entwickelt sich aufgrund seiner versteckten Prozeßmotorik, des Krebskalküls der Kapitalwirtschaft, mit bestimmten historischen Tendenzen: Entwicklung des 'Systems der automatischen Maschinerie' bzw. der Automation, Reduzierung der unmittelbar notwendigen Industriearbeit und Ausweitung der forschenden, planenden, regulierenden Tätigkeiten, ferner Anwachsen der mit der Realisierung der Warenproduktion verbundenen, sie mitvermittelnden wirtschaftlichen Dienstleistungen. Der Wandel von der Industrie- zur sogenannten Dienstleistungsgesellschaft, auch die Revolutionierung der Informatik dieses Sozialform, hat insofern bestimmte Strukturkomponenten verändert, aber nichts an der kapitallogischen Grundorganisation industrieller Warenproduktion.

Neben dem Kerngebiet der industriekapitalistischen Warenwirtschaft gab und gibt es ein breites Spektrum sonstiger, zur Gesamtreproduktion notwendiger oder gewünschter Tätigkeiten: Diese ursprünglich nicht kapitalistisch formbestimmten Bereiche gesellschaftlicher Bedürfnisse und Tätigkeiten entwickeln sich ebenfalls im Zuge der historischen Entfaltung der Warenwirtschaft, verstärkt durch deren neue Anforderungen an das letztlich tragende Gemeinwesen: Anforderungen z.B. an das Bildungswesen, an das Verkehrssystem, die Kommunikationsmittel und die Sozialvorsorge einer verstädterten und in den internationalen Verkehr eingebundenen Gesellschaft. Eine Entwicklung, die auch gefördert wurde durch die relative Überflußproduktion der Kapitalwirtschaft in der zurückliegenden Phase ihrer Expansion.

Die historische Tendenz in diesem Zusammenhang sehe ich nun darin, daß sich die industrielle Warenproduktion aus einem expandierenden, dominierenden System gesellschaftlicher Arbeit in ein Subsystem verwandelt, das die anderen, sie zunehmend tragenden und ummantelnden Arten gesellschaftlicher Arbeit ihrem Formzwang unterwerfen und daran hindern will, ihrerseits die historisch expandierende und bestimmende Kategorie gesellschaftlicher Arbeit zu werden. Die Bruchlinie im System gesellschaftlicher Arbeit, ein noch überwiegend bewußtloses Ringen, verläuft demnach heute zwischen industrieller Warenproduktion und 'sozialwirtschaftlichen Diensten', die, wie zu zeigen ist, in sich den Keim zu einer neuen, befreiten Form der gesellschaftlichen Arbeit tragen.

Aufgrund der vorangegangenen Analyse der kapitalwirtschaftlichen Reproduktionsform kann der historische Wendepunkt dieses Ringens bei dem heute erreichten Entwicklungsstand der industriellen Produktivkräfte angesetzt werden: Das gewaltig gestiegene Verhältnis zwischen Lohnarbeit und angewandtem Sachkapital erschwert die periodisch dauernd neu geforderte Herauspressung eines Mehr-Produkts und Mehr-Werts zunehmend. Die dazu nötige Steigerung der Produktivität führt zugleich zur absoluten Verringerung der benötigten Arbeitskräfte und Arbeitszeit: Der Gesellschaft geht die Arbeit aus, wie die Soziologen so schön sagen, um den überflüssig gemachten Menschen dann die Chimäre einer zukünftigen Freizeitgesellschaft vorgaukeln zu können. Mit letzterer Tendenz wird vor allem auch die Lohnarbeit als Tauschzentrum im Rahmen der Verwertungsökonomie geschwächt. Im gleichen Atemzug entsteht eine für die Verwertungsbedürfnisse der Kapitalwirtschaft insgesamt überflüssige Bevölkerung, der eine gesellschaftliche Randexistenz zugewiesen wird: Die heutigen Arbeitslosenheere der Industriestaaten enthalten nicht mehr nur eine 'industrielle Reservearmee', sondern eine wachsende, vor allem in die Dauerarbeitslosigkeit ausgestoßene 'Surpluspopulation' in der finalen Krisenepoche der Kapitalwirtschaft.

Diese erweist sich zunehmend als unfähig, das Potential gesellschaftlicher Gesamtarbeit sinnvoll, und das heißt nun wieder vorausblickend: sozialwirtschaftlich zu organisieren. Da die klassischen binnen- und außenwirtschaftlichen Maßnahmen zur Eröffnung neuer Verwertungschancen wie z.B. Lohnkürzungen, Kapitalkonzentration, -vernichtung und -export, Erweiterungen des Wirtschaftsraums usw. nicht ausreichen, wird vor allem eine Offensive

gegen alle aus der Sicht des Verwertungszwangs störenden und überflüssigen gesellschaftlichen Tätigkeiten begonnen - das heißt vor allem gegen den sozialwirtschaftlichen Bereich.

Wir erleben gegenwärtig diesen brutalen markt- und kapitalwirtschaftlicher Rigorismus der Wirtschafts- und Sozialpolitik, der im Grundansatz bereits diesseits und jenseits des Atlantiks ohne das erwartete Resultat vorerprobt wurde. In den Ghettos, Slums oder Sozialbrachen der westlichen Industrienationen frißt ein Zerfall, der durch keine kurzfristigen Konjunkturerholungen mehr aufgehoben werden kann: Das verkündete Sparsamkeitsregime, die erzwungenen Reduktionen der sozialwirtschaftlichen Dienste berühren aber die eigentliche Schwierigkeit der immer neuen Mehrwertproduktion auf höchstem Akkumulationsniveau nicht und schwächen nur zusätzlich den Kreis der notwendigen Reproduktion, der selbst eine tragende Säule der Kapitalverwertung darstellt.

Die Sanierung der aus dem Gleichgewicht geratenen gesellschaftlichen Reproduktionsverhältnisse, das heißt vor allem eine Sicherung der Beschäftigung und der Wohlfahrt, ist erkenntlich nur über die Entwicklung der sozialwirtschaftlichen Dienste möglich. Deren konsequente Emanzipation, so lautet hier die These, führt aber die Kapitalwirtschaft weiter an ihre historische Grenze und kann in letzter Konsequenz auch darüber hinausführen: Die aktuelle Politik des so genannten sozialen Um- oder Abbaus ist also ein regelrechter Abwehrkampf, der die Weiterentwicklung der eigentlich zukunftsträchtigen ökonomische Form verhindern soll. Lieber noch wird die Ideologie der 'sozialen' Marktwirtschaft auf eine Weise demontiert, die noch tiefer in das Desaster führt, als eine Vorwärtsstrategie gewählt, bei der man ahnt, daß sie letztlich zu einem Wechsel des installierten Betriebssystems zwingt.

Worauf gründet sich aber die wiederholte These, daß im hypostasierten wirtschaftlichen Struktur- und Formwandel in Gestalt der sozialwirtschaftlichen Dienste überhaupt eine zukunftsträchtige Form gesellschaftlicher Arbeit vorliegt, die eine Emanzipations- und Transformationsperspektive eröffnet? Zur nicht nur halbherzigen Klärung muß die Frage beantwortet werden: Ist letztlich eine wirtschaftliche Entwicklung möglich, bei der sich die sozialwirtschaftlichen Dienste ihrer eigenen Zwecksetzung nach entfalten, von kapitalistischen Limitierungen und Formzwängen

zunehmend befreien und schließlich eine so emanzipierte Stellung einnehmen können, daß sie dann sogar die - auch als solche formveränderte, nicht mehr verwertungslogisch organisierte - industrielle Warenproduktion unter sich subsumieren? Sie könnten dann in der Theorie wie in der Realität nicht mehr als 'unproduktive' Dienstleistungen behandelt werden, sondern konstituierten als übergreifende Kategorie der gesellschaftlichen Arbeit eine neuartige 'Sozialwirtschaft'.

Das Szenario einer Sozialwirtschaft und die Frage nach einem alternativen ökonomischen Kalkül

Ich möchte im Folgenden nicht wie im Marxschen Modell zwischen einer Produktionsmittel- und einer Konsumtionsmittelsphäre unterscheiden, sondern die industrielle Warenproduktion zu einem Bereich zusammenfassen und diesen mit einer komplementären Sphäre sozialwirtschaftlicher Dienste verknüpfen. Die Zusammenfassung innerhalb der Sphäre der Warenproduktion ist hier mit der keineswegs unmöglichen Annahme verknüpft, daß der erheblich kleinere Teil gesamtgesellschaftlich notwendiger Arbeit in diesem Bereich des wirtschaftlichen Lebens benötigt wird und daß der Stand der technisch-ökonomischen Organisation Steigerungen der Güterproduktion erlaubt, ohne daß mehr Arbeitskraft und -zeit verausgabt werden müßte.

Schon in sozialwirtschaftlichen Diensten tätige Arbeitskräfte zusammen mit der für die kapitalwirtschaftliche Warenproduktion überflüssig gewordenen, wieder sinnvoll beschäftigten Bevölkerung bilden ein anderes, deutlich größeres Arbeitspotential. Hier ist man mit gesamtgesellschaftlich nützlichen bzw. anerkannten Tätigkeiten gleich welcher sonstigen Art befaßt. Es ist klar, daß dieser Teil gesellschaftlicher Arbeit einen kontinuierlichen Zufluß sachlicher Produktionsmittel und sogar, bei angenommener gleichartiger Entlohnung aller, den überwiegenden Anteil des gesellschaftlichen Konsumtionsfonds erfordert. Woher aber und um welchen Preis die notwendigen Sachmittel und woher den Lebensunterhalt der tätigen Menschen nehmen? Auf kapitalwirtschaftlicher Basis würde die Antwort lauten, daß Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder ein sogenannter zweiter, öffentlich geförderter Arbeitsmarkt, daß der ganze soziale und kulturelle Bereich nicht mehr finanzierbar ist und die Weltmarktkonkurrenz alle dazu zwingt, den Gürtel enger zu schnallen.

Zur Isolierung des Kernproblems ein Gedankenexperiment: Man nehme 100 Produzenten, davon 10 in der Warenproduktion an einer Megamaschine, welche sich selbst reproduziert und als Endresultat fortlaufend 100 Warenkörbe herstellt. 90 Produzenten sind in sozialwirtschaftlichen Diensten tätig, also beispielsweise in der Kindererziehung, Schulausbildung, in der Forschung und Entwicklung, in der Qualitätskontrolle der Produktion, in der Stadt- und Sozialverwaltung, im Verbraucherschutz, in der Gesundheitsförderung, in der Sozialinformation, in der Sportarbeit, im Kulturschaffen, in der Alten- und Krankenpflege, in der Landschaftspflege, im Umweltschutz und im internationalen Kulturaustausch. Der Einfachheit halber sei angenommen, sie benötigten zur Erbringung ihrer Leistung keine weiteren Produktionsmittel. Die Produzenten beider Sektoren wollen nun ihre Endprodukte in einem dauerhaften Reproduktionskreislauf zu (Arbeits)Werten tauschen. Wie hoch ist der Gesamtwert der Warenkörbe?

Man wird nach einigem Nachdenken über das aufgegebene Rätsel zu dem Schluß kommen, daß ein warenwirtschaftlicher Äguivalententausch zwischen den Sphären der Konsumwaren und der Sozialdienstleistungen unmöglich ist: Abgesehen von grundlegenden qualitativen Differenzen der Resultate der Tätigkeit: Es stehen sich zwei Fonds gesellschaftlicher Arbeit mit nicht kommensurablen Quantitäten gegenüber, Bereiche, die sich gleichwohl gegenseitig sachlich voraussetzen und gesellschaftlich zur Gesamtreproduktion notwendig sind. Warenkörbe im Wert von 10 kann man unter der geforderten Voraussetzung aber nicht gegen Sozialdienste im Wert von 90 tauschen. Dennoch gibt es eine Lösung. Diese setzt allerdings ein neuartiges Reproduktionsszenario voraus, für das dann das überraschende Ergebnis lautet: Der Wert der Warenkörbe beträgt nicht etwa 10 Arbeitswerteinheiten, wie man vermuten konnte. sondern ihr 'Sozialwert' beträgt 100. Die 'sozialwirtschaftliche' Rätsel-Lösung ist näher zu erläutern.

Das sozialwirtschaftliche Wertgesetz und die neue Wertsubstanz

Des Rätsels Lösung, den wichtigsten und vielleicht zunächst schwerverständlichsten, praxislogisch notwendigen wertgesetzlichen Zusammenhang auf der neuen Basis, sehe ich in folgendem: Der Wert der sozialwirtschaftlichen Tätigkeiten, ebenso der Wert der in diesem Zusammenhang vernutzten Produktionsmittel, erscheint notwendigerweise primär mit im Ergebnis der Warenproduktion, oder die warenproduzierende Arbeit ist hier mit der scheinbaren Naturgabe begabt, den außerhalb ihres unmittelbaren Kreises gesetzten oder vorausgesetzten Wert - nach Maßgabe der gesellschaftlichen Verhältnisse in bestimmter Proportion und Größe - in den Warenwerten mit zu reproduzieren. Auf diese Weise enthält beispielsweise der Wert des Warenkonsumtionsfonds einer Periode auch ein Wertquantum, das der in den sozialwirtschaftlichen Tätigkeiten gleichzeitig verausgabten Arbeitszeit entspricht - die Vermittlung der Aneignung dieses Teils nach dem Äquivalenzprinzip ist von da her grundsätzlich möglich. Analog verhält es sich mit den sachlichen Produktionsmitteln.

Zum Problem der Wertsubstanz möchte ich bei diesem ersten Schritt der Klärung festhalten: Was hier als Waren-Wert resultiert, repräsentiert nicht die nur rein warenwirtschaftlich notwendige, d.h. die in der Sphäre der Warenproduktion unmittelbar verausgabte Arbeitszeit, sondern von vornherein zugleich mit die in sozialwirtschaftlichen Diensten verausgabte Arbeitszeit, mithin wesentlich gesamt-gesellschaftlich nützliche und anerkannte gesellschaftliche Arbeit. Das ökonomische Kalkül der Sozialwirtschaft drückt also für den warenproduzierenden Bereich eine grundlegend andere Wertsubstanz aus, als es bei der Kapitalwirtschaft der Fall war.

Für den komplementären Bereich der sozialwirtschaftlichen Dienste ist die bezeichnete spezifische Wertsubstanz durch den Inhalt der sozialproduktiven Tätigkeit nach von vornherein gegeben: Das Wertmaß der Resultate sozialwirtschaftlicher Dienste ist kein anderes als die darin unmittelbar als gesamtgesellschaftlich nützlich verausgabte Arbeitszeit. Deren Verteilung auf die verschiedenen Sparten dieses Bereichs kann allerdings durch keinen Markt geregelt werden, sondern erfordert notwendigerweise eine gesellschaftliche Regulierung: Je nach technischen Bedingungen und gesellschaftlichen Prioritäten muß über den Einsatz sozialwirtschaftlicher Dienste bestimmt werden. Im Endeffekt erscheint dann die Vermittlung bzw. Aneignung sozialwirtschaftlicher Dienste, beispielsweise Schulbildung, Stadtverwaltung, Gesundheitshilfe und Altenpflege, in der skizzierten Reproduktionsform als eine gesellschaftliche Gratisleistung, die, wenn man so sagen will, bereits bezahlt ist.

Die vermittelnden Funktionen gesellschaftliche Organe

Wenn wir demnach, um auf das vorherige Beispiel zurückzukommen, den 'Sozialwert' des Warenprodukts der 10 Produzenten mit 100 und den Wert der von 90 Produzenten erbrachten sozialwirtschaftlichen Dienstleistung mit 90 ansetzen, ermöglichte die neue Praxisform eine der verausgabten Arbeitszeit proportionelle Zumessung der Waren im Verhältnis 10:90 an die beiden Fraktionen gesellschaftlicher Arbeit. Ferner wäre beispielsweise eine ökonomische Disposition über Sozialdienstleistungen möglich, die wunschgemäß auf Sparten im Verhältnis 40:30:20 aufgeteilt werden könnten.

Aber es ist offen geblieben, wie sich die sozialwirtschaftliche Sphäre ihren Anteil am Warenprodukt aneignen kann. Diese Aneignung kann nicht durch unmittelbaren Tausch geschehen, schon deshalb, weil die Waren hier einen zwar gesellschaftlichen Wert implizit aufweisen, dieser aber nicht unmittelbar von sich aus als Sozialpreis zur Erscheinung kommt. Oder wie kann gesellschaftlich über den Einsatz sozialwirtschaftliche Dienste disponiert werden? Keine der unterstellten verschiedenen Sparten der sozialwirtschaftlichen Dienste könnte nach den bisherigen Voraussetzungen ein gemeinwirtschaftliches oder gemeinnützliches Angebot ohne Schwierigkeiten gegen Warenprodukte eintauschen, die für den individuellen Verbrauch bestimmt sind. Wer soll schließlich über die Struktur sozialwirtschaftlicher Produktion befinden?

Die begonnene Konstruktion eines neuen Reproduktionszusammenhangs erfordert notwendigerweise Ergänzungen, vor allem die entsprechende Dazwischenkunft gesamtgesellschaftlicher Instanzen bzw. geeigneter gesellschaftlicher Organe. Was derart als konstitutionelle Notwendigkeit erscheint, kann ebenso als historische Tendenz betrachtet werden: Entsprechende Instanzen können und müssen - ähnlich wie innerhalb der kapitalistischen Formierung der Staat oder andere gesellschaftliche Organe vermittels der Steuern, der Sozialversicherung und anderer Abschöpfungen verfahren - entsprechende Wertanteile vereinnahmen, umverteilen und in diesem Zusammenhang ihr legitimes 'Haushaltsrecht' wahrnehmen:

Im vorliegenden Modell kann dies stimmig nur durch die Erhebung einer an den Lohn des warenproduzierenden Sektors gebundenen Abgabe in Gesamthöhe der Entlohnung des Sozialbereichs geschehen. Dadurch werden die 'Lohnkosten' der Warenwirtschaft auf das gesellschaftlich notwendige Maß, d.h. entsprechend ihres immanenten Sozialwerts erhöht. Zugleich können auf diesem Wege die Löhne bzw. der Konsumtionsfonds der sozialwirtschaftlichen Tätigkeiten finanziert werden: Eine funktionelle Regulierung, die analog für die Produktion und den Transfer sachlicher Produktionsmittel gilt, die primär im warenwirtschaftlichen Bereich hergestellt und dann zur sozialwirtschaftlichen Sphäre vermittelt werden müssen. Auch hier ist das entsprechende formale Instrumentarium der Besteuerung und Transferleistung kapitalistisch vorausgebildet oder kann, wie die Diskussion um eine 'Maschinensteuer' zeigt, entwickelt werden.

Die neue Wirtschaftlichkeitsrechnung: Mehrwert- oder Ersparnisrechnung?

Die schwierige Frage bleibt, wie eine Wirtschaftlichkeitsrechnung auf der Grundlage der umrissenen arbeitswertbezogenen Sozialökonomie beschaffen sein kann. Kann sich überhaupt noch ein Mehr-Wert darstellen? Die sozialwirtschaftlichen Dienste verausgaben sich von vornherein in gesellschaftlichem Auftrag gegen Durchschnittseinkommen, gegen einen Anteil am Konsumtionsfonds, der ihrer Wertsetzung entspricht. Der Ersatz der vernutzten Produktionsmittel ist durch das gesamtgesellschaftliche Produktivitätsniveau und durch garantierte Transferleistungen gesichert. Ihre Leistung, z.B. informierte Menschen, ein lebenswertes Wohnumfeld, eine intakte Umwelt usw. kann aber nicht - im kapitalistischen Sinne - akkumuliert werden: Das Wertresultat entspricht dem Wertaufwand. Hier gibt es also keine Gewinnrechnung, höchstens eine sparsame und möglichst effektive Wirtschaftsführung über aufgewendete Arbeitszeit oder Sachmittel.

Im komplementären Kreis der warenproduzierenden Arbeit kann ein produktives oder ein konsumtives Mehrprodukt über ein vorher erreichtes Niveau hinaus erzielt werden. Dies bedeutet aber keinen Mehrwert, sondern eine Verbilligung der Gesamtmasse der Warenprodukte: Um den gleichen Preis erhält man mehr oder bessere Produktionsmittel oder Konsumwaren bzw. Transferleistungen. Es ist jetzt anscheinend nicht notwendig, einen Wertbestand wie eine akkumulierte Kapitalmasse zu erhalten und an seiner Vergrößerung den ökonomischen Erfolg zu messen. Vielmehr kann sogar eine

zwanglose Abwertung von Sachwerten erfolgen: Wertgrößen und Wertfluß bilden einen Zusammenhang, der periodisch bilanziert werden kann.

Wenn hier ein Anteil des gesellschaftlichen Sach- und Wertprodukts, z.B. in der Folge einer Produktivkraftsteigerung, als Überschuß erscheint, dann kann es sich hier nur um eine Ersparnis handeln: Eine bestimmte Quote des werthaft kalkulierten, bilanzierten Ergebnisses. die sich als eingespartes Plus rechnen kann. Darüber können gesellschaftliche Organe oder - nach deren Zubilligung zum Beispiel über die Steuer - auch anteilig einzelne Wirtschaftsubjekte disponieren. Vorerst hypothetisch kann angenommen werden, daß sich die Zielfunktion der Wirtschaftsrechnung von der Kapitalverwertung in eine Ersparnisbildung umkehrt. Dies bedeutet zusammen mit den anderen neuen wertgesetzlichen Aspekten schließlich ein grundlegend verändertes ökonomisches Kalkül. Erst damit wäre die neue Gesellschaft, d.h. ihre legitimierten, mit entsprechenden Direktionsrechten ausgestatteten Sozialorgane in der Lage, über die Alternative einer Steigerung der individuell verfügbaren Zeit oder Verbesserung der Waren- und Sozialversorgung frei zu befinden.

Letztlich ist für die Konzeption einer zukünftigen Wirtschaftsweise entscheidend, ob durch ein neues ökonomisches Kalkül der in der alten Wirtschaftsrechnung implizierte Akkumulations- und Expansionszwang gebrochen und durch eine Wertrechnung abgelöst wird, die eine neue ökonomische Rationalität, eben eine 'Ökonomie der Zeit' verkörpert: Einem wirtschaftlichen Überschuß als solchem, rein sachlich oder unmittelbar rechnerisch, sieht man es nicht an, ob er die Akkumulation eines toten Kapitalwerts ausdrückt oder einen Ersparnisanteil innerhalb einer gesellschaftlichen Zeitökonomie. Entscheidend ist die innere Formierung der sozialökonomischen Praxis, insgesamt die ökonomische Gesellschaftsformation, die zugrunde liegt und alle ökonomischen Kategorien, so auch das spezifische historische ökonomische Kalkül als objektive Sinnimplikation bedingt. Losgelöst von der Formations- und Kalkülfrage und ohne konkretere diesbezügliche Konzepte können auch Debatten über die Markt- oder Planförmigkeit einer neuen Ökonomie zu keiner Lösung führen.

Zur Politik des Praxisformwandels in der Situation des Übergangs

Die hier nur äußerst verknappt vorgestellten Modellierungen des sozialökonomischen Prozesses stützen die Auffassung, daß die entwickeltsten kapitalistischen Industriegesellschaften Übergangsgesellschaften sind. Ein fortgeschrittener Automatisierungsgrad der Kernindustrien, eine relativ hohe Quote der in sozialwirtschaftlichen Diensten verausgabten Arbeit, ein gewaltiger Werttransfer durch gesellschaftliche Instanzen und ein zunehmender Anteil der für die Kapitalverwertung auf Dauer überflüssigen, potentiell aber für gesellschaftlich nützliche Tätigkeiten zur Verfügung stehenden Bevölkerung sind Kriterien, welche die Einschätzung untermauern können.

Nach dieser Einschätzung suchen sich in der Übergangsphase zwei ökonomische 'Praxisperspektiven' gleichzeitig zu behaupten. Die alte kapitalistische Praxisformierung will qualitativ veränderte oder neue Sachverhalte ihrem Funktionszusammenhang gemäß einspannen und ihre Grundform, ihr ökonomisches Kalkül bewahren. Gleichzeitig versammeln sich die Elemente einer neuen Formierung, die einer Sozialwirtschaft, die nach praktischer gesellschaftlicher Anerkennung und Emanzipation drängt.

Beispielsweise sind die Initiativen für einen öffentlich geförderten zweiten Arbeitsmarkt und die Diskussionen um die Zukunft des öffentlichen Dienstes ein Vorspiel für das wachsende Bewußtsein neuer gesellschaftlicher Möglichkeiten und das Selbstbewußtsein einer zutage tretenden sozialökonomischen Macht. Im Gesamtzusammenhang des begonnenen gesellschaftlichen Ringens spielen die notwendigen Transfer- und Regulierungsleistungen gesellschaftlicher Organe, die Zweckbestimmung, Transparenz und Legitimität dieser Leistungen, für den sozialen Umbau eine immer bedeutendere Rolle.

In einer solchen Übergangssituation ist die politisch-ökonomische Orientierung erschwert: Die ökonomischen Formen sind Übergangsformen, mit doppelter Sinnimplikation und widersprüchlicher Tendenz, so daß sozialwirtschaftliche Elemente im kapitalistischen Horizont, aber auch kapitalistische Elemente in sozialwirtschaftlicher Perspektive erscheinen und fungieren können: Ein Formenspiel und letztlich Formenwandel, der sich als epochal

bedeutsamer Prozeß vollzieht. Die traditionelle Wirtschaftswissenschaft hat für die 'Latenzen' und 'Tendenzen' dieser 'Prozeßwirklichkeit', für diese 'widersprüchliche gesellschaftliche Praxis', für den Vorschein der 'konkreten Utopie' keine Begriffe und keine Instrumente. Es bedarf einer neuen, begreifend-eingreifenden politisch-ökonomischen Wissenschaft und neuen ökonomischen Politik.

Aspekte zukünftiger ökonomischer Politik

Die in Umrissen kenntlicher gemachte, sich in vielen Aspekten bereits geltend machende, begreifbare und verwirklichbare neue Wirtschaftsweise setzt die Befreiung der sozialwirtschaftlichen Dienste aus den Fesseln der kapitalistischen Alimentierung voraus, eine konsequente Politik der Emanzipation dieser eigentlich zukunftsträchtigen Form der gesellschaftlichen Arbeit. Die ökonomische Basis und gesellschaftliche Legitimation dieser Politik liegt darin, daß der vermeintliche Unkostenfaktor in der Perspektive der sich kristallisierenden Sozialwirtschaft eigentlich Wertquelle ist: In zukünftigen sozialen Auseinandersetzungen wird es um die Anerkennung der ökonomisch unmittelbar wertsetzenden Kraft der Arbeit gehen, die als sozialwirtschaftlicher Dienst verausgabt wird. Die konsequente Antwort auf den ideologischen Vorwurf des Kostgängertums liegt in dem Hinweis, daß sich der kapitalwirtschaftliche Betrieb in ein Minderheitenproblem verwandeln wird.

Die politisch-ökonomische Erkenntnis, daß auf der erreichten Stufe der Entwicklung der in sozialwirtschaftlichen Diensten gesetzte Wert in der Sphäre der Warenproduktion zur Erscheinung kommt und dort von der Industriewirtschaft unrechtmäßig usurpiert wird, setzt zugleich das definitive Recht und die soziale Pflicht des Gemeinwesens, diesen Wert als volle Sozialquote zu schöpfen und ihn wieder in das gesamtgesellschaftliches System der Arbeit und der Bedürfnisse zu vermitteln, anstatt ihn durch eine wachsende Staatsverschuldung bei der Kapitalmacht nur notdürftig aufzubringen: Eine Aufgabe der Zukunft ist die Ausbildung dazu bestimmter steuer- und finanzpolitischer Organe und Instrumente.

Das der neu werdenden ökonomischen Basis entsprechende Recht ist von Grund auf auch ein gesellschaftliches Eigentumsrecht an den Produktionsmitteln, weil sich in diesen die gesamt-gesellschaftliche Arbeit als Wertsubstanz inkarniert und nicht die warenwirtschaftlich unmittelbar angewandte Arbeit des Einzelproduzenten: Die Illusion einzelner 'Kapitalwirte' kann in dieser Grundfrage nicht Maßstab gesellschaftlicher Legitimität bleiben. In welcher Form die Gesellschaft dann einzelnen Wirtschaftssubjekten Besitz überläßt und die treuhänderische Verwaltung überträgt, ist eine andere Frage: Daß letztlich nicht die Wirtschaft die Politik beherrscht, sondern das demokratisch verfaßte Gemeinwesen die Ökonomie kontrolliert und seine notwendigen sozialwirtschaftlichen Rechte und Aufgaben auf der Ebene der Betriebe, auf kommunaler Ebene und in staatlicher Verantwortung wahrnimmt, ist die unabweisbare Forderung der Gesellschaft der Zukunft.

Insbesondere die kommunale, urban-regionale Ebene - heute noch regelrecht unterentwickelt gehalten - wird zukünftig eine angemessene, demokratisch-politische Repräsentanz erhalten müssen. Sie stellt die eigentliche Basisebene der sozialökonomischen Reproduktion und eines ganzheitlichen Lebensvollzugs der Menschen dar. Deren bessere Zukunft liegt weder im kapitalwirtschaftlichen Konsumismus noch in den Bilderwelten regressiver Gemeinschaften, sonder findet als alltägliches Leben 'universeller gesellschaftlicher Individuen' vor Ort statt.

Als unüberwindliche Schranke vor dieser besseren Zukunft erscheint allerdings der Weltmarkt: Die Kapitalwirtschaft hat sich diesen als ihr weitestes und höchstes, aber auch letztes Operationsfeld erschlossen und entzieht sich über ihre Organisation in multinationalen Konzernen und gigantischen Finanzagenturen der gesellschaftlichen Kontrolle. Aber auch dieser Boden wankt: In dem Moment, in dem die sozialwirtschaftlichen Dienste über die Warenwirtschaft übergreifen und der Warenwert zum überwiegenden Teil ein Sozialwert ist, der die Aneignung und Disposition durch gesellschaftliche Organe herausfordert, kann sich der Binnenraum einer konkreten Wirtschaftsgesellschaft als reale Basis durchsetzen:

Es wird zunehmend als ein kapitalwirtschaftlicher Witz erscheinen, z.B. Automatenprodukte global auszutauschen, anstatt Produktionswissen zu transferieren und mit Sachmitteln und Arbeitskraft vor Ort zu kombinieren, um auf diese Weise die wirtschaftsgesellschaftliche, das heißt nun zugleich ökologische Gesamtreproduktion konkreter Gemeinwesen zu fördern. Der heutige Welthandel beruht nicht auf echter gesellschaftlicher Gegenseitigkeit, sondern verdankt sich einereits dem unersättlichen stofflichen Sog der

Kapitalverwertungsbewegung, der zu weltweiter Ausplünderung natürlichen Ressourcen führt, und zugleich den kalkülimmanenten Problemen der Akkumulation bzw. Plusmacherei: Ein wegen der eingetretenen Überakkumulation binnenwirtschaftlich nicht mehr profitabel realisierbares Mehrprodukt wird durch den Austausch - überwiegend zwischen verschiedenen Kapitalwirtschaften - vergoldet.

Aus solchen ökonomischen Mechanismen erwachsen die weltumspannenden Kapitalmächte: Diese treiben die weniger entwickelten Gesellschaften in eine unablösbare Schuldknechtschaft und ruinieren die globale Natur und Umwelt, die ihnen buchstäblich nichts wert sind. In den entwickelten Ländern entfalten sich ohne gesellschaftliche Verantwortung und Kontrolle der Wirtschaft mafiose Strukturen, der politische Überbau wird korrumpiert, wie das Beispiel Italiens lehrt. Ganze Wirtschaftszweige und Regionen werden bedenkenlos geopfert, weil die sich geltend machende neue Wertsubstanz, der eigentliche höhere 'Sozialpreis' einheimischer Produkte, sich in den Kapitalverwertungskreisen nicht mit dem notwendigen Gewinn realsieren läßt: Der Protest der einheimischen Landwirtschaft und der Widerstand gegen erzwungene Industriebrachen beruht auf dem richtigen Ahnung, daß hier wirtschaftsgesellschaftliche Wertsubstanz und gesellschaftliche Existenzgrundlagen vernichtet werden, die nur kapitallogisch und kapitalwissenschaftlich nicht wahrnehmbar und meßbar sind.

Es gibt diese Ahnung und ein noch überwiegend latentes allgemeines Bewußtsein darüber, daß die produktiven Potenzen der Gesellschaft auf der erreichten Entwicklungsstufe ausreichen würden, die Industriearbeit zu erleichtern und umzugestalten, die sozialwirtschaftlichen Dienste für Gemeinschaftsaufgaben jeglicher Art zu mobilisieren und zu emanzipieren und den Austausch zwischen der einen und der anderen Wirtschaftsgesellschaft nach gesellschaftlichen Notwendigkeiten und Bedürfnissen zu organisieren, anstatt nach Konzern- und Verwertungsstrategien. Die reale Grundlage dieser Ahnung und Hoffnung ist eine Implosion der Produktivkräfte, welche die historische Expansion der Kapitalwirtschaft ins Gegenteil umschlagen läßt: Die Sozialwirtschaft der Zukunft ist nach Maßgabe bestimmter ökonomischer Potenzen sozialräumlich bestimmt und auf ein konkretes gesellschaftliches Subjekt bezogen.

Der Bruch mit dem Mythos des freien Welthandels, dem sozialwidrigen Internationalismus des kapitalwirtschaftlichen Weltmarkts ist insofern Bedingung des gesellschaftlichen Fortschritts der nächsten Zeit: Die gegenwärtigen Versuche zur Stabilisierung der alten Weltmarktordnung unter dem Diktat der Kapitalmächte können die Ursachen der Krise nicht beseitigen. Entsprechend sind die Versuche zur Einrichtung erweiterter wirtschaftsräumlicher Auffanggesellschaften für die krisengeschüttelte Kapitalwirtschaft als Sanierungsversuche an einem historischen Auslaufmodell der ökonomischen Praxis zu beurteilen. Auch das Projekt der Europäischen Union eröffnet deshalb ökonomisch keine neue Dimension und bietet den Menschen keine echte Zukunft.

Ausblick auf die Alternative

Auf dem anderen möglichen Entwicklungspfad wäre das Resultat: Eine von den vermeintlich unveränderlichen Sachzwängen der Waren- und Verwertungsökonomie befreite Gesellschaft, die ihren wirtschaftlichen Prozeß mit erweiterter Kompetenz und reformiertem Recht auf der Grundlage einer höheren ökonomischen Rationalität steuern und entwickeln könnte. Das ökonomische Kalkül dieser Gesellschaft entspräche einer "Ökonomie der Zeit", es wäre ein (Arbeits)Wert- und Ersparniskalkül, das zugleich bestimmte ökonomische Regulierungen, die 'visible hand' gesellschaftlicher Organe, konstitutionell notwendig macht: Die Vermittlungsleistung des Marktes zwischen den einzelnen Warenproduzenten bliebe in bestimmter Hinsicht erhalten. In anderer Hinsicht müssen wirtschaftsdemokratische Formen der gesellschaftlichen Selbstorganisation ausgebildet werden, weil der sozialökonomische Prozeß seine Inhalte, sein Tempo und seine Richtung nicht mehr von sich aus über die Köpfe der Menschen hinweg erzwingt.

Auf der neuen Basis wäre das jeweils erreichte Niveau der Grundversorgung mit Waren und sozialwirtschaftlichen Diensten gesichert, wäre praktisch jede sozial anerkannte Arbeit bezahlbar, eine gesellschaftlich verantwortbare allgemeine Reduzierung der Arbeitszeit realisierbar, ein sozialwirtschaftlicher Umgang mit der Natur und Umwelt machbar, eine neue Struktur internationaler wirtschaftsgesellschaftlicher Beziehungen durchsetzbar - ohne die verheerenden Krämpfe, Krisen und den sinnleer gewordenen Kult der Kapitalwirtschaft.

Quelle: Utopie kreativ, Heft 50, Dez. 1994. ISSN 0863-4890